

Nun fällt die Wahl beim Einkaufen

Die Volksinitiative für ein besseres Tierwohl scheitert mit 62,9 Prozent Nein-Stimmen deutlich. Nur in Basel-Stadt gab es ein Ja. Die Unterlegenen beklagen, die Gegenseite habe viel mehr finanzielle Mittel gehabt.

Peter Walther, Samuel Thomi

Die Massentierhaltungsinitiative hatte keine Chance an der Urne. Besonders deutlich Nein sagten die ländlich geprägten Regionen: In Appenzell-Inner- und Obwalden stimmten 78,4 Prozent Nein, im Wallis und in Obwalden rund 76 Prozent und in den Kantonen Schwyz und Uri rund 75 Prozent. Knapper fiel das Ergebnis in städtisch geprägten Kantonen aus.

Damit haben die Bauern auch die letzte der drei eidgenössischen Agrarinitiativen erfolgreich abgewehrt. Bereits letztes Jahr sind die Trinkwasser- und die Pestizidinitiative an der Urne mit 60,7 Prozent respektive 60,6 Prozent deutlich abgelehnt worden.

«Schluss mit dem Spiessrutenlauf»

Der Sieg ist aber auch ein Erfolg für die Landesregierung und die Mehrheit des Parlaments. Wie Bundesrat Alain Berset am Sonntagabend vor den Medien betonte, werde das Tierwohl in der Schweiz bereits heute hochgehalten. «Auch das Stimmvolk sieht offenbar keinen Grund, die Regeln der Tierhaltung anzupassen», sagte Berset.

Markus Ritter, Präsident des Bauernverbandes und St. Galler Mitte-Nationalrat sieht drei Gründe für das deutliche Volksverdict. Erstens habe die Schweiz bereits das strengste Tierschutzgesetz der Welt. Zweitens hätten es die Konsumenten mit ihrem Entscheid an der Ladentheke in der Hand, die Forderungen der Initiative zu erfüllen. Und drittens hätte die Initiative zu höheren Lebensmittelpreisen geführt. Ein schwieriges Anliegen in Zeiten von hoher Inflation und sinkender Kaufkraft.

SVP-Nationalrat Mike Egger wiederum deutet das Ergebnis als Grundsatzentscheid. «Es muss Schluss sein mit dem Spiessrutenlauf, den Links-Grün gegen die Landwirtschaft führt».

Der Grüne Berner Nationalrat Kilian Baumann, selbst Biobauer, sieht im Abstimmungsergebnis dagegen alles an-



Die Massentierhaltungsinitiative wollte Höchstbestände für Tiere einführen, scheiterte damit aber.

BILD KEY

dere als ein Sieg für die Landwirtinnen und Landwirte: «Das Ja ist nicht im Interesse der Bauern, sondern der vor- und nachgelagerten Betriebe, also der Agrarkonzerne.» Der Bauernverband wehre sich derzeit laut Baumann gegen sämtliche Kompromisslösungen.

«Ein Kampf David gegen Goliath»

Von Befürworterseite kritisierte auch der Solothurner Grünen-Nationalrat Felix Wettstein den Bauernverband: «Es scheint zu funktionieren, dass sie sich ins Bett legen mit den Arbeitgeberver-

bänden.» Als Antwort auf die von der Landwirtschaft viel kritisierten Angriffe von links-grüner Seite hatten sich die Bauern im Vorfeld der aktuellen Abstimmung zu einer strategischen Partnerschaft mit Economiesuisse, Arbeitgeber- und Gewerbeverband zusammengeschlossen.

«Es war ein Kampf David gegen Goliath», sagte Philipp Ryf, Geschäftsführer der Ja-Kampagne, der Nachrichtenagentur Keystone-SDA. Die Gegenseite habe viel mehr finanzielle Mittel gehabt. Den unterlegenen Befürwor-

tern bleibe nun die Wahl mit dem Einkaufszettel, schreibt die Labelorganisation Bio Suisse. Sie verweist dabei auf eine weitere, anstehende Verschärfung ihrer Label-Richtlinien im Jahr 2026.

Nebst den Bauern und der Wirtschaft hatten auch SVP, FDP und Mitte die Nein-Parole beschlossen. Auf der Ja-Seite kämpften GLP, Grüne und die SP.



Interviews mit Befürwortern und Gegnern der Massentierhaltungsinitiative finden Sie unter www.shn.ch/click

Kommentar

Portemonnaie hat über das Tierwohl entschieden

Das Stimmvolk lehnt die Massentierhaltungsinitiative klar ab. Die Konsumentinnen und Konsumenten wollen kein Bioland Schweiz. Wie bisher ziehen sie tiefere Preise dem höheren Tierwohl vor. Daran vermochten auch die Bilder nichts ändern, die kurz vor der Abstimmung kranke oder tote



Andrea Tedeschi
Inlandredaktorin
andrea.tedeschi@shn.ch

Hühner in Schweizer Ställen zeigten. Das ist wenig überraschend, da überzogene Initiativen im Volk keine Chancen haben und am Ständemehr scheitern. Angesichts der Folgen des Ukrainekriegs wie die Inflation oder höhere Energiepreise hatte es die Vorlage ohnehin schwer: Die Bevölkerung möchte keine weiteren Mehrausgaben. Das Resultat ist einmal mehr ein Sieg der Bauern. Die Fair- Food-Initiative von 2017 oder die Trinkwasser- und Pestizidinitiative 2021 scheiterten ebenfalls deutlich. Die Gründe für die Niederlagen mögen divers sein. Geholfen hat der Landwirtschaft diesmal die Strategie des Bauernverbands, der sich vor wenigen Monaten mit den wichtigsten Wirtschaftsverbänden verbündet hatte. Trotzdem sollte es ein Umdenken geben. Wir sollten das ganze Tier verwerten, nicht nur die guten Stücke wie Filets essen. Denn angesichts des Klimawandels und anderer Krisen müssen wir uns langfristig auf einen anderen und möglicherweise weniger Fleischkonsum einstellen.

Jetzt den Linksrutsch verhindern

Die Abstimmungen waren ein Test für die neue Allianz aus Bauern und Wirtschaft. Mit den Resultaten zeigen sich die Vertreter zufrieden. Die Allianz will nun Wahlkampf machen.

Doris Kleck

Die Niederlage im Februar war krachend: Nur 38 Prozent hatten damals Ja gesagt zur Abschaffung der Emissionsabgabe auf Fremdkapital. Es war eine weitere Abstimmungsniederlage der Wirtschaftsverbände in der Steuerpolitik. Und mit entsprechend wenig Kredit gingen sie in den Abstimmungskampf um die Teilreform der Verrechnungssteuer. Auch hier setzte es eine Niederlage ab. Die Linke siegte mit einem Nein-Anteil von 52 Prozent. Die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Zinsen von inländischen Obligationen ist damit abgesagt. Dennoch spricht Economiesuisse-Präsident Christoph Mäder von einem Fortschritt.

Das Resultat fiel wesentlich knapper aus als noch im Februar. Dieser Steigerungslauf ist auch der Luzerner SP-Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo nicht entgangen. Sie sagte gegenüber SRF, die Leute hätten bemerkt, dass nur wenige von der Reform profitiert hätten. Den engen Ausgang begründet sie damit, dass die Befürworter massiv mehr Mittel in die Kampagne gesteckt hätten. Zudem verwies Birrer-Heimo auf die neue Allianz zwischen dem Bauernverband, Economiesuisse, Arbeitgeber- und Gewerbeverband: «Sie haben die Reihen geschlossen.»

Tatsächlich haben die vier genannten Wirtschaftsverbände zum ersten Mal gemeinsam eine Kampagne gemacht.

Dreimal Ja und einmal Nein, lautete ihr Motto. Ja zu den beiden AHV-Vorlagen und der Verrechnungssteuer, Nein zur Massentierhaltungs-Initiative.

Verbände ziehen positive Bilanz

Es soll der Beginn einer langfristigen Allianz sein. Im Sommer wurde ein entsprechendes Strategiepapier publik. Darin hiess es: «Die nationalen Organisationen der Wirtschaft und der Landwirtschaft haben erkannt, dass eine partnerschaftliche und verlässliche Kooperation wichtig ist, um auch künftig Mehrheiten zu finden.» Christoph Mäder formulierte kürzlich, was er sich vom Bündnis mit den Bauern verspricht: «Der Bauernverband hat eine grosse Solidarität in den eigenen Reihen. Sie sind sehr gut im Mobilisieren ihrer Leute und wir wollen davon auch mitprofitieren.»

Der Economiesuisse-Präsident zieht nun eine positive Bilanz: «Bei drei von vier Vorlagen behielten wir die Oberhand». Markus Ritter, Präsident des Schweizerischen Bauernverbandes, betont zudem, dass er auf jedem Podium zur Massentierhaltungsinitiative auch noch auf den Nutzen von AHV- und Verrechnungssteuerreform für die Bauern hingewiesen habe. Die Steuerreform, so ist Ritter überzeugt, hätte dem Bund auf lange Frist mehr Steuereinnahmen gebracht – was wiederum gut für die Direktzahlungen der Bauern gewesen wäre. Birrer-Heimo wies hingegen im Fernsehen

suffisant darauf hin, dass die Bauern schon verstanden hätten, dass ihnen die Reform der Verrechnungssteuer nichts gebracht hätte. Die Vogelscheuchen-Plakate für die Reform habe man auf den Bauernhöfen nicht gesehen. Tatsächlich ist umstritten, wie stark die Bauern für jene Vorlagen mobilisiert haben, die sie nicht direkt betrafen.

Schwierigkeiten beim Plakatieren

Economiesuisse-Präsident Mäder sagt: In manchen Gegenden habe die Zusammenarbeit auch bei den Plakaten funktioniert. Selbst Ritter bestätigt jedoch, dass die Bauern wenig Plakate aufgestellt hätten. «Die Plakatierung ist nicht einfach», sagt der St. Galler Mitte-Nationalrat. Denn man könne nicht neben einem Nein einfach noch Ja-Plakate für andere Vorlagen aufstellen. Schliesslich habe der Autofahrer nur 1,3 Sekunden Zeit, um die Botschaft aufzunehmen.

Der Bauernpräsident betont, dass die Zusammenarbeit sowohl auf strategischer wie auch auf operativer Ebene gut funktioniert habe. Ritter wäre aber nicht Ritter, wenn er kein Verbesserungspotenzial orten würde. Der Bauernverband gilt als besonders kampagnenstark. Er wendet dafür ein Drei-Phasen-Modell an. In einer ersten Phase geht es um die Informationen zu einem Thema. Danach folgt die Vorkampagne, wo ein Thema und das Narrativ gesetzt werden. Und in Phase drei schliesslich geht es nur

noch um die Mobilisierung. Ritter findet, seine Allianzpartner hätten bei AHV und Verrechnungssteuer mit den Kampagnen früher loslegen müssen.

Wahlkampagne im Oktober

«Wir machen weiter», bilanziert derweil auch Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt. Der nächste grosse Auftritt ist Anfang Oktober geplant. Dann wird die Bauern-Wirtschaft-Allianz verraten, wie sie im Wahlkampf mitmischen will. Über den Inhalt schweigen sich die Verbandspräsidenten noch aus. In welche Richtung es geht, ist aber nicht schwierig zu erraten. Die Verbände wollen bei den Wahlen einen Linksrutsch verhindern. Vogt spricht schon jetzt vom Parlament als labilem Gebilde. Im Nationalrat stünden 115 Bürgerliche aus SVP, FDP und Mitte 85 Linken aus GLP, SP und Grünen gegenüber. Für die Wirtschaftsverbände ist offenbar bereits diese Konstellation zu schwierig, um Interessen durchzusetzen. Noch arger soll es nicht werden.

Wahlkampf ist in erster Linie Sache der Parteien, die bürgerlichen Parteien sind selbst Konkurrenten. Kann solch eine Allianz mehr als Symbolik sein? «Sie können sicher sein, dass ich mehr als Symbolpolitik mache», sagt Ritter.

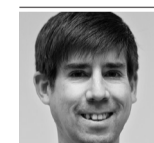


Interviews mit Befürwortern und Gegnern der Verrechnungssteuerreform finden Sie unter www.shn.ch/click

Kommentar

Nicht unbedingt ein Totalschaden

Erneut scheitert eine Steuerreform an der Urne. 52 Prozent des Stimmvolkes halten an der Verrechnungssteuer auf Obligationenzinsen fest – nachdem im Frühjahr über 60 Prozent die Emissionsgabe auf Eigenkapital behalten wollten. Das Argument, die Steuererleichterung für Unter-



Reto Zanettin
Inlandredaktor
reto.zanettin@shn.ch

nehmen komme letztlich allen zugute, ist also nur bei einer Minderheit angekommen. Es ist eines, das sich von Reform zu Reform wiederholt, was seiner Glaubwürdigkeit schadet. Hinzu kam am gestrigen Abstimmungssonntag, dass zur AHV-Stabilisierung die Mehrwertsteuer erhöht wurde – und dies währenddem die Teuerung von 3,5 Prozent die Kaufkraft nach unten drückt. Letztlich ist also die Kombination von Entlastung für Firmen und wachsender Belastung von natürlichen Personen durchgefallen. Das ist wohl kaum eine generelle Absage an das Bemühen von Finanzminister Ueli Maurer, den Standort Schweiz zu stärken. Das soll er weiterhin tun – allerdings unter der Zusatzbedingung, dass seine Finanzpolitik deutlicher erklärt wird und auch im Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger besser spürbar ist.